



**Presseerklärung von Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
Vizepräsident des Agrarausschusses im EP
Zu Gentechnik**

Spenge, 22. Januar 2009

Anbau von GVO Mais verhindern

Die Mitgliedstaaten müssen der Mehrheit ihrer Bevölkerung folgen

Die EU Kommission hat gestern den Mitgliedstaaten der EU die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorten Bt11 und 1507 für den Anbau vorgeschlagen. Bisher darf in der EU nur eine gentechnisch veränderte Pflanze in der EU kommerziell angebaut werden, der Mais MON 810. Wie MON 810 produzieren auch der Bt11 und der Mais 1507 ständig ein Insektengift.

"Zulassungen von gentechnisch veränderten Pflanzen zum Anbau halte ich für falsch - denn was freigesetzt wird, kann sich auf Nachbarfelder auskreuzen und ist kaum noch rückholbar. Besonders problematisch sind bei den nun zur Zulassung stehenden Pflanzen auch Hinweise darauf, dass sich diese negativ auf die Insektenwelt auswirken. Das Insektengift, das Maiszünslern den Garaus machen soll, schadet auch nützlichen Insekten", so Friedrich-Wilhelm **Graefe zu Baringdorf**, Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen im Europaparlament.

"Das Zulassungs-Prozedere ist ein Komitologie-Verfahren: Die VertreterInnen der Mitgliedstaaten auf Arbeitsebene können im Ständigen Ausschuss ihr Votum für oder gegen die Zulassung abgeben. Wenn keine 2/3 Mehrheit zustande kommt, geht die Entscheidung auf die politische Ebene, in den Umweltministerrat. Wenn dieser die Zulassungen nicht innerhalb von 3 Monaten mit einer 2/3 Mehrheit ablehnt, kann die Kommission allein entscheiden: Dann würden erstmals seit 1998 wieder zwei Gentechnik-Sorten in Europa für den Anbau zugelassen", erklärt **Graefe zu Baringdorf**, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament, "Obwohl die Kommission nicht demokratisch legitimiert ist, hat sie das letzte Wort; das Europäische Parlament ist in solche Entscheidungen nicht einbezogen, es hat nicht einmal ein Einspruchsrecht. Dass hochpolitische Entscheidungen in der EU weiterhin so undemokratisch getroffen werden, stärkt Politikverdrossenheit in der Gesellschaft. Wir brauchen mehr Demokratie in Europa!"

"In allen Mitgliedstaaten will die Mehrheit der Bevölkerung keine Gentechnik in der Landwirtschaft. Da dieses Verfahren schon angelaufen ist, werden wir eine Änderung des Prozedere so schnell nicht durchsetzen: Nun ist unser Umweltministerium gefordert, gegen diese Zulassungen zu stimmen. Mehr Mut, Herr Gabriel! Setzen Sie Sich ein für das Recht auf gentechnikfreie Landwirtschaft, eine gentechnikfreie Umwelt und gentechnikfreies Essen in Europa!"

Weitere Informationen:

Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament - Agrarbüro: Antje Kölling
Tel. +32-2-284-5154 , Fax +32-2-284-9154, Email: fgraefe@europarl.eu.int